

gebundenen, konfessionellen und anderen Einrichtungen. Herausragende Bedeutung kommt dabei der 1952 beim Bundesinnenministerium gegründeten sogenannten Bundeszentrale für politische Bildung zu. Sie bezieht eine Vielzahl von Politikwissenschaftlern in das System „staatspolitischer Bildung“ ein und steuert über die Landeszentralen sowie über Publikationsorgane und andere Informationsmittel die „politische Bildungsarbeit“ in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens in Westdeutschland.

Der Politischen Wissenschaft ist ferner die Aufgabe übertragen, die staatsmonopolistische Machtausübung zu „rationalisieren“, den Regierenden „Herrschaftswissen“ zu vermitteln, politische Entscheidungen vorzubereiten und begründen zu helfen. Hier dominiert allerdings zur Zeit noch die sogenannte Alibi- und Verschleppungsfunktion, wie Lompe auf einer Tagung der Akademie Loccum zum Thema „Der Sachverständige in der Politik“ formulierte: Die Politikwissenschaft soll einerseits Entscheidungen der Politiker begründen helfen, rechtfertigen, andererseits Vorwände liefern, um bestimmte Projekte und Forderungen nicht durchzuführen oder zu umgehen.<sup>13</sup> Umfassende Beratung der Politik durch die Politikwissenschaft ist in Westdeutschland also noch kein ausgereifter Tatbestand, wohl aber deutliche Tendenz. Bei den Bemühungen um die „wissenschaftliche Beratung“ der imperialistischen Politik gibt es für die westdeutsche Politische Wissenschaft zwei Problemkreise: Einmal geht es um eine bessere „wissenschaftliche Beratung“ im allgemeinen — d. h. durch die verschiedensten Wissenschaftsdisziplinen. Auf diesem Gebiet ist unter dem Druck der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern eine Ausdehnung der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen und Wissenschaftlern in den letzten Jahren spürbar geworden. Das betrifft insbesondere den naturwissenschaftlich-technischen und ökonomischen Bereich. Zum anderen ist den Vertretern der Politischen Wissenschaft daran gelegen, ihren eigenen Einfluß bei der Bestimmung der eigentlichen politischen Ziele und Aufgaben zu vergrößern und nachhaltiger zu gestalten. Dabei geht es ihnen insbesondere darum, an der Ausarbeitung der Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung mitzuwirken, in die Entwicklung der gesellschaftspolitischen Konzeptionen der herrschenden Kreise der Monopolbourgeoisie noch stärker — ähnlich wie bei der Ausarbeitung des Programms der „formierten Gesellschaft“ — einbezogen zu werden. Ihre Aufmerksamkeit ist namentlich dem Komplex der „Reform des Staates“ zugewandt. Zu dieser Frage gibt es Überlegungen, die im allgemeinen auf eine Verbesserung der

13 Auf dieses „ungenügende Wirken“ der bürgerlichen Politischen Wissenschaft im Interesse der Monopole weist auch K. Seemann hin: „Da angesichts des Geistes der Rechenhaftigkeit und Kompliziertheit einer modernen Industriegesellschaft die Berufung des Politikers auf seinen Instinkt immer fragwürdiger und irrealer erscheint, versucht man die Rückversicherung der politischen Entscheidungen in der Legitimität des wissenschaftlichen Sachverständes, der wissenschaftlichen Beratung der Politik, was zur Verwissenschaftlichung der Politik führt. . . Verlangt man von der wissenschaftlichen Beratung lediglich ein politisches Ziel mit möglichst sachverständigen Argumenten zu bepflanzen, so wird der Wissenschaft die Rolle zugewiesen, die in Nordasien einst die Schamanenzauberer einzunehmen pflegten. Glaubt man hingegen mittels der Wissenschaft besser Gut und Böse trennen zu können, um damit ein schärferes Kriterium für das Gemeinwohl zu finden, so bedeutet das nichts anderes als die Fortführung der insbesondere in der demokratischen Ideologie zum Ausdruck kommenden älteren Aufklärungsphilosophie, die dem gesunden Menschenverstand die Fähigkeit zueignet, bei einigem Nachdenken jede Maßnahme der Regierung als gut oder böse identifizieren zu können“ (K. Seemann, „Regierung im Wandel des technischen Fortschritts“, Der Deutsche Beamte, 1968, H. 2., S. 27).